

Indiana Tribune.

(Wochenblatt.)

Office: Ecke Circle u. Meridianstr.,
(Im dritten Stock.)[Entered as second-class matter at the
Postoffice at Indianapolis, Indiana.]

Abonnements-Preise.

In der Stadt durch die Post ins Haus geliefert

Per Jahr im Voraus.....\$2.00

Per Nummer.....5 Cents.

Otto Schiffer, Herausgeber.

Indianapolis, Ind., den 16. Juli 1881.

Die geschichtliche Beschränkung der
Sphäre des Privateigentums.

Wenn es wahr ist, wie wir behaupten, daß mit der fortschreitenden Entwicklung freier Institution die Sphäre des Privateigentums eine immer kleinere werden muß, so müßte man im Stande sein, geschichtlich nachzuweisen, daß im Verlaufe der vergangenen Jahrhunderte die Sphäre des Privateigentums sich immer mehr verengert hat, weil unstreitig der freierliche Gedanke sich fortwährend entwickelt hat.

Im Anfang der Geschichte gehörte der Mensch selbst zu den Dingen, welche Privateigentum sein konnten. Man konnte einen Menschen besitzen mit Leib und Leben, man konnte über den Sklaven ganz nach Willkür verfügen. Weib und Kind waren Eigentum des Vaters.

Im Laufe der Zeit hörte das Privateigentum an Leib und Leben des Menschen wohl auf, wie es ja auch in Amerika nicht mehr gesetzlich erlaubt war, einen Sklaven zu töten, oder zu verstümmeln. Aber der Wille des Menschen blieb noch immer Gegenstand des Privateigentums. Der menschliche Wille und die persönliche Freiheit treten als Gegenstände des Privateigentums hauptsächlich in der Feudalzeit auf.

Der Mensch gehörte zur Scholle. Der Besitz von Grund und Boden war gleichbedeutend mit dem Besitze des Willens- und der persönlichen Freiheit der auf ihm Lebenden. Ohne den Willen des Grundherrn konnte sich Keiner entfernen, konnte Keiner heiraten u. s. w. Leibeigenschaft und Hörigkeit in ihren verschiedenen Abufungen, die verschiedenen Souveränitätsrechte der Grundherren und Feudal-lasten der Untergebenen bildeten eine Art Privateigentum an dem Willen und der persönlichen Freiheit Anderer, welche heute nicht mehr existiert. Menschenwille und persönliche Freiheit sind der Sphäre des Privateigentums entzogen.

Wenn heutzutage das Recht der Eigentumsvererbung ein viel ausgeprägteres ist als früher, so ist dies nicht die Folge einer Erweiterung der Sphäre des Privateigentums, sondern die Folge einer Beschränkung derselben, insofern das Objekt des Eigentums dadurch betroffen wird. Unsere freie Konkurrenz ist faktisch und historisch die Verengung der Sphäre des Privateigentums. Denn im Mittelalter und unter der Herrschaft des Feudalismus war auch das Recht der Ausübung eines Gewerbes übertragbares Privateigentum.

Die ausschließliche Aneignung einer Sache macht sie zum Eigentum. Sobald die Ausschließlichkeit nicht mehr vorhanden ist, hört auch das Eigentum auf. Die freie Konkurrenz ist also die Verengung der Eigentums-Sphäre, soweit sie das Recht der Ausübung einer Berufstätigkeit betrifft.

Das mangelhafte Rechtsbewußtsein fand es in der Ordnung, daß Völker als das Privateigentum der Fürsten betrachtet wurden, indem diese die Nachfolge testamentarisch bestimmten, und es empfand sich nicht, als deutsche Fürsten ihre Unterthanen zur Bekämpfung der Amerikaner an England veräußerten. Zu Zeiten und Orten stand das Rechtsbewußtsein auf so niedriger Stufe, daß es das jus prima noctis ertrug.

Mit dem sich fortwährend entwickelten Rechtsbewußtsein änderten sich die Eigentumsbegriffe. Die Grenzen des Privateigentums wurden immer enger gezogen und mit dem Erkennen natürlicher, sogenannter unveräußerlicher Rechte wurde die Sphäre des Privateigentums kleiner.

Es wird nun gewiß Keinem einfallen zu behaupten, daß das Rechtsbewußtsein, oder der öffentliche Rechtsbegriff sich bis zum

erreichbar höchsten Grade entwickelt hat. Und wenn nun die Entwicklung des Rechtsbewußtseins sich in der Verengung der Sphäre des Privateigentums kund giebt, so ist es klar, daß wir noch natürliche unveräußerliche Rechte entdecken werden, welche man heute noch nicht als solche erkennt und deren Anerkennung die Sphäre des Privateigentums noch weiter verkleinern muß. Als ein solch natürliches unveräußerliches Recht wird man noch das erkennen, ein menschenwürdiges Dasein zu führen und das Rechtsbewußtsein wird deshalb das, was dazu notwendig ist, der Sphäre des Privateigentums entziehen.

Ausnahme-Gesetze.

Wer bisher dieses Wort hörte, dem kam unwillkürlich, das Vaterland, das theure? in den Sinn.

Dabei war man froh, daß man wenigstens hierzulande solche anheimliche Dinge nicht kennt. Seitdem aber ein verrückter Kerl einen Mordversuch auf den Präsidenten gemacht hat, spricht man auch in unserer Republik schon von Ausnahme-Gesetzen. Senator Conkling machte nämlich bereits den Vorschlag und ein Teil der Presse unterstützt denselben, daß ein Mordangriff auf den Präsidenten, selbst wenn der Attentäter seinen Zweck nicht ganz erreicht, ähnlich wie in Monarchien, mit dem Tode bestraft werden solle.

Es will diesen Leuten nämlich durchaus nicht einleuchten, daß der verrückte Guitau selbst im schlimmsten Falle nicht stärker bestraft werden kann, als ob er einen Mordangriff auf einen Schuttpücker oder auf sonst ein gewöhnliches Menschenkind gemacht haben würde.

Es finden sich also selbst in unserer Republik Leute, die dem Präsidenten, der zwar der höchste Beamte ist, aber immer nur ein Diener des Volkes sein soll, eine Ausnahmestellung einräumen und auf diese Weise dem Cäsarismus vorarbeiten wollen. Daß ein Schritt in dieser Richtung vollständig unrepublikanisch ist, wird wohl Jedem einleuchten, der den Satz „daß vor dem Gesetze Alle gleich sein sollen“, nicht geradezu umstößen will. Und vor dem Gesetze sollen keine Unterschiede bestehen.

Der ärmste Arbeiter soll hier soviel wie der reichste Mann oder der höchste Beamte gelten, und nicht nur in dem Sinne, daß bei ihrem Anrufen der Gerechtigkeit keine andere Rücksicht gilt, als eben das Recht, sondern eben auch in jenem umfassenderen, daß auch die Unbill, die ihnen angethan wird, gleichmäßig gewogen und nicht in verschiedene Grade der Stärke abgemessen werde, je nach der „Prominenz“ Desjenigen, dem sie geschieht.

Wenn freilich in Deutschland der alte Wille ein Rasenflieber erhält, dann muß der ruchlose Angreifer sein Leben dafür lassen. Aber leben wir nicht in einer Republik? Ist es schon dahin gekommen, daß auch hier das Haupt der Regierung nicht mehr mit andern Menschenkindern in einem Athemzuge genannt werden darf?

Wenn so, und wenn ein Mordangriff auf den Präsidenten mit der Zeit auch bei uns stärker bestraft werden sollte als ein solcher auf „gewöhnliche“ Menschen, so wäre das der erste Schritt zum Wesen der Bureaucratie und des Monarchismus und die schönen Paragraphen über Beamten- und Majestätsbeleidigungen ließen nicht mehr lange auf sich warten.

Eine gute That

nennt es der hiesige „Telegraph“ daß unsere Geldfürken ein Viertel-Millionen zusammenheften wollen, um damit der Familie Garfield ein Geschenk zu machen. Das Blatt sagt in allem Ernste, daß jeder rechtlich denkende Bürger dieses Landes Sympathie für diese Geldschenkung empfinden müsse und wiederholt dann die Rührscene, welche sich im Weißen Hause abspielte als man von der Großmutter der Geldkönige benachrichtigt wurde, und die dem „N. Y. Herald“ sofort mitgeteilt wurde.

Wir glauben im Sinne vieler rechtlich denkenden Bürger zu reden, wenn wir für die oben erwähnte Geldschenkung nicht nur keine Sympathie hegen, sondern wenn wir sie als das, was sie in der That ist, als eine ganz gewöhnliche Speichelleckerei bezeichnen. Was anders soll man auch davon denken, wenn einem Manne der immerhin wohlhabend genannt werden kann, der ferner ein Jahresgehalt von \$50,000 bezieht, und der bereit ist, sich

während seines Termin's auch die luxuriösesten Ausgaben zu gestatten, — eine derartige Gabe gereicht wird.

Kein anderer Schluß ist zulässig, als daß die Geber sich damit die Gunst des Präsidenten erkaufen wollten und das wahrscheinlich auch nur deshalb, um vielleicht später einmal aus dieser Gunst Nutzen zu ziehen.

Das Kapital sollte also auf vorteilhafte Weise angelegt werden. Man kann eine solche Behauptung dreist aufstellen, denn wenn die Herren, die Tausende für diesen Zweck gezeichnet haben, nur ihrem edlen Herzen hätten Luft machen wollen, so hätten sie dazu schon häufig und weit bessere Gelegenheiten gehabt. Aber hat man je gehört, daß solche Summen flossen, wenn es sich darum handelte wirklich bedrängte Menschen zu unterstützen? Bei solchen Gelegenheiten verschließen die „Großmütigen“ entweder ihre Taschen ganz, oder sie lassen sich nur unter der Aufsicht, daß ihr Name in der Zeitung genannt wird endlich gnädigst herbei ein paar Dollar zu zeichnen.

Hier lag die Sache freilich anders. Es handelte sich darum, dem höchsten Beamten unseres Landes etwas zu schenken, und da kann man sich doch nicht lumpen. So groß die Summe aber auch ist, die dem Präsidenten resp. seiner Familie geschenkt werden soll, wir können es kaum begreifen, daß er sie annehmen kann. Denn uns erscheint dieses Geschenk nicht nur höchst überflüssig, wir betrachten es, die ganze Situation in Betracht gezogen, als höchst unfein.

Der Präsident ist noch am Leben und es muß sein Zartgefühl auf's Höchste verlegt, wenn er jetzt schon Andere für seine Familie sorgen sieht. Aber was sagen wir denn — wäre der Präsident gestorben, so wäre es wahrscheinlich der Handelskammer in New York nicht im Traume eingefallen, für dessen Familie zu sorgen, denn wo bliebe da von einer Schenkung der Vorthil?

Eine Wohltätigkeits-Anstalt?

Man hat in Amerika der Wohltätigkeitsanstalten viele, das ist wahr, aber sie sind auch in der Regel darnach. Die Wohltaten die in solchen Institutionen ausgeübt werden sollen, kommen selten den Inassen, aber immer den Verwaltern und Leitern zu Gute. An Beispielen dafür fehlt es selbst in unserer guten Stadt Indianapolis nicht, denn die vor einigen Monaten hier stattgefundenen Untersuchungen der verschiedenen Anstalten, haben uns zur Genüge dargelegt, daß fast überall etwas faul ist, und nach der eben beendeten Armenhaus-Untersuchung kann man diese Anstalt wahrhaftig auch nicht als ein Elysium bezeichnen. Die Herren Commissäre, vor denen die Verhandlungen stattgefunden haben, scheinen freilich anderer Meinung zu sein, denn trotzdem die verschiedenen Zeugen die Zustände im Armenhause in der entsetzlichsten Weise geschildert haben und obgleich diese Aussagen von der Verwaltung nicht widerlegt werden konnten, brachte der „Board“ nach einer sehr kurzen Beratung ein Verdict ein, worin die Verwaltung eher gelobt als getadelt wird.

Ungeachtet dessen, daß bei den Verhandlungen festgestellt wurde, daß Wright und Culbertson die Bewohner des Armenhauses häufig mit Prügelstrafe traktierten, daß nach acht mittelalterlicher Manier, die Armen zuweilen gefesselt in unterirdische, dumpfe Zellen gebracht werden, daß die Kost ungenügend und schlecht ist, daß in der Anstalt, Gesunde, Kranke, Irren und Solche, die sogar mit ansteckenden Krankheiten behaftet sind, in stetem Verkehr miteinander sein müssen, und ohne Rücksicht darauf, daß sogar die Aussicht über Irrennische wiederum von Irrennigen geleitet wird, während die Pflege der Kranken ebenfalls Unfähigen anheim gegeben ist, hat der Board kein Tadelsvotum für die Verwaltung gehabt.

Er will sogar nach sorgfältiger Prüfung die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die Armenhausbewohner stets gute und genügende Kost erhalten haben, daß sich die Zellen, für den Zweck, zu dem sie gebraucht werden, sehr gut eignen, daß die Schutvorrichtungen gegen Feuergefahr vortrefflich sind, daß die Kranken der Anstalt ausgenommen verpflegt werden und daß die Strafen, welche den Armen verabsolgt werden, durchaus nicht zu streng sind.

Bessere Bundesgenossen als diese Herren

C. F. SCHMIDT'S
Lager - Bier - Brauerei,

(SCHMIDT'S SQUARE.)

INDIANAPOLIS, IND.

Die berühmteste und besteingerichtete Brauerei im Staate. Mein Lagerbier und „Invigorating Malt-Extract Bottle Beer“ ist vor allem anderen als vorzüglich anerkannt. Aufträge zum Verschiffen von Lagerbier auf allen Eisenbahnlinien werden prompt erfüllt.

C. F. Schmidt.

Commissäre, hätte sich die Armenhaus-Verwaltung wahrlich nicht wünschen können, denn nun kann sie ihr Treiben sogar mit hoher Genehmigung fortführen, denn die schrecklichen Zustände im Armenhaus bleiben fortbestehen, während die unglücklichen Bewohner jetzt womöglich noch belagert werden als zuvor.

Und das nennt man eine Wohltätigkeits-Anstalt.

* Die Zahl Derer, die unter dem Zwangs-gesetz in Irland bereits verhaftet wurden, beträgt bereits 200.

* Der Esar ist in einem offenen Wagen zur Kathedrale gefahren. Der Waghals! Wenn er mit solchen Waghalsen sich nur nicht zu viel zumutet.

* In der Umgegend von St. Petersburg ist die Pest ausgebrochen und breitet sich in schreckenerregender Weise weiter aus. — Zu allen Uebeln auch noch dieses.

* In Leipzig gehören jetzt die Sozialisten-Ausweisungen zu den täglichen Ereignissen. 22 Sozialisten wurden wieder auf einmal ausgewiesen. Die Regierung arbeitet für die Wahlen.

* Der Hungerbold Griscom in Chicago hat nun bereits 43 Tage ohne Nahrung zu sich zu nehmen, zugebracht. Daß er eben so verrückt ist wie jener Tanner glauben wir gerne, aber auf das Reclamemachen versteht er sich nicht halb so gut.

* Die Chicagoer Sozialisten haben Beschlüsse gefaßt, in welchen jede politische oder soziale Gemeinschaft mit dem verrückten Attentäter Guitau in Abrede gestellt wird. Wir halten dafür, daß es höchst überflüssig ist, auf eine so lächerliche Anklage zu antworten.

* Der Dampfer „Bandalia“ ist gefunden und nach Glasgow zur Ausbesserung getauft worden. Der Capitän nahm seinen Kurs um Schottland herum, ungeachtet der ungünstigen Witterung und der großen Eisgefahr und verdient dafür eine Rüge.

* Garfield's Zustand bessert sich fortwährend. Die neuesten Depeschen lauten sehr befriedigend und die Ärzte versichern, daß nun bald alle Gefahr beseitigt ist. Der Präsident ist fortwährend bei verhältnismäßig gutem Appetit und läßt den Muth nicht sinken. Frau Garfield erträgt das Unglück mit bewundernswerther Ruhe.

* In Lafayette fand am Sonntag in der Turnhalle eine Versammlung zum Zwecke der Gründung einer Anti-Temperenz-Liga statt. Herr Phil. Kappaport von hier war anwesend und betrieb die Organisation. Beschlüsse wurden angenommen, in denen die in Indianapolis gefaßten Beschlüsse gutgeheißen und der Central-Ausschuß in Indianapolis als leitende Behörde der Liga im Staate anerkannt wurde. Ein Executiv-Comité bestehend aus fünf Mitgliedern wurde gewählt, welches sich auch sofort organisierte. Das Comité besteht aus folgenden Beamten und Mitgliedern:

Joseph Langknecht — Präsident.
Wm. Greyer — Sekretär.
John G. Helmkamp — Schatzmeister.
L. Emminger und Wm. Kiehl.
Das Comité hat das Recht, sich durch Beiziehung weiterer Mitglieder nach Bedürfnis zu verstärken.

* In Cincinnati sind am Mittwoch 100 Sonnenstichfälle vorgekommen. Die Hitze war entsetzlich, wenn möglich noch größer wie bei uns.

* Eine Heirathsversicherung-Gesellschaft macht in Philadelphia gegenwärtig viel von sich reden. Diese neue Organisation hat den Zweck, ihre Mitglieder im Falle dieselben in den Stand der Ehe treten, finanziell zu unterstützen. Mitglied kann jede Person männlichen Geschlechts werden, die das 15. Lebensjahr zurückgelegt hat und ein Eintrittsgehalt von \$6 entrichtet. Diese Eintrittsgelder werden einen permanenten Fond bilden, welchem später die auszahlenden Versicherungssummen entnommen werden sollen. Es steht den Mitgliedern frei, die Höhe der Versicherungssumme selbst zu bestimmen; selbstverständlich werden die regelmäßigen Beiträge für jedes einzelne Mitglied demgemäß festgesetzt, doch ist die Berechtigung zum Empfang der Versicherungssumme von einjähriger Mitgliedschaft abhängig. Sollte der aus den Eintrittsgeldern gebildete Fond erschöpft werden, so wird eine Spezialsteuer ausgeschrieben, um einen etwaigen Fehlbetrag zu ersetzen. Es ist die Absicht der Gründer dieses modernen Versicherungsinstituts, in allen großen Städten Zweigvereine ins Leben zu rufen. Der Name der Gesellschaft ist „The Pennsylvania Marriage Benefit Association“ und zählt zu ihren Mitgliedern Staats-Senator C. R. Lenz von Lebanon, Pa. Die ganze Geschichte ist jedenfalls für gewisse Leute wieder ein neues Mittel um Geld zu erschwindeln.

* Deutsche Denunciantenwuth. Der „Berl. Volksztg.“ wird aus Leipzig unterm 21. Juni geschrieben: Zu den beklagenswertheften Nebenwirkungen des Ausnahme-gesetzes gehört unstreitig das Denunciantenwesen und das Spionagesystem, weil vor ihnen selbst der Unschuldigste nicht sicher ist. Ich bin in der Lage, Ihnen davon heute eine Probe zu geben: Bei einem hiesigen Buchhändler, einem jungen Anfänger, der früher, ehe die hiesige Genossenschaftsdruckerei zur Liquidation gezwungen war, dort als Expedient beschäftigt gewesen ist, fand vor einigen Tagen eine mehrstündige gründliche Hausdurchsuchung statt und zwar suchte die Polizei: eine geheime Druckerei. Neben einem Firmenstempel fand sich indeß nur noch ein Zettograph vor und das waren nicht die gesuchten Druck-Unterlagen. Der Betreffende, ganz erstaunt darüber, daß er plötzlich heimlich zum Druckereibesitzer avanciert sei, erlaubte sich nach der Ursache der eigenthümlichen Maßregel zu forschen, erhielt aber nur die Antwort: „Sie sind denunziert worden!“ — Ein hiesiger stud. jur. empfing vor einigen Tagen ein Paket nihilistischer bezw. kommunistischer Schriften, ohne dieselben bestellt zu haben. Auf die Innenseite des Umschlages der Broschüren war ein Zettel geklebt mit folgendem Inhalt in franz. Sprache: „Demas-firter Polizeispion!! Nach den schriftlichen Beweisen, die in unsern Händen sind, ist klar, daß ein gewisser Enchambrement, früher in Paris, Rue Sorbonne 12, und später in Dresden, Neue Gasse 36, der sich Professor (folgt der Name des hiesigen Studenten) nennt, ein russischer Spion ist. Durch ihn sind die nihilistischen Papiere in Paris mit Beschlag belegt.“ Der Studierende hat das ursprünglich nach Dresden adressirte Paket, weil ihm nicht gehörig, alsbald an das k. Postamt zurückgegeben.